

75 JAHRE DDR - Aufstand im Osten



Von Hans Bauer*

Der Osten hat gewählt. In einigen Ländern der nicht mehr existenten DDR. Die Wahlergebnisse schockieren die Mächtigen und ihren Hofstaat. Die „DDR“ hat die Berliner Machtha-

ber abgewählt. Die Bevölkerung verweigert die Gefolgschaft trotz verordneter „Staatsräson“ und „Zeitenwende“ des Kanzlers. Fehlt nun noch der Ruf nach staatlicher Autonomie.

Wie konnte das geschehen? Wie undankbar! Alles vergessen? Bananen, Reisen und Autos? Die roten und grünen Radwege, bunten Farben und gläsernen Fassaden? Die „freiheitlich demokratische Grundordnung“? Die beste Demokratie der Welt; gerade zum 75. Mal jubelt.

Nun fabulieren Herrschende in Politshows, Journalisten rätseln in ihren Redaktionsstuben, Moderatoren interviewen angebliche Experten, Forscher analysieren zum wiederholten Male – kaum Neues, und Ostbeauftragte verkünden altbekannte Weisheiten. Die Öffentlich-Rechtlichen überschlagen sich im Bemühen um „Aufklärung“ und Stimmungsumschwung. Mit Gleichsetzung der Wahlsieger BSW und AfD. Mit Propaganda gegen rechts, obwohl ihre Auftraggeber und sie selbst rechts stehen.

Ernsthafte Überlegungen über Ursachen und Motive der Entscheidungen in Ostdeutschland kaum zu vernehmen. Und wenn, dann Einzelfälle. Erkannte Mängel und Selbsteinsichten mit neuen Verunglimpfungen verbunden, oft gegen die DDR. Die übliche Arroganz gegenüber den „zurückgebliebenen Ossis“. Sendungen in TV und Rundfunk sind sogar verstärkt mit diesem Geist vergiftet.

Gründe für die Wahlentscheidungen sind natürlich unterschiedlich. Ohne Illusionen, auch Faschisten haben und wurden gewählt. Darüber bedarf es Aufklärung. Aber viele Wähler haben Gemeinsames – bewusst und unbewusst – die DDR. Nicht nur bei den Alten, mit deren Abgang die „Wahrsager“ das Verschwinden der Erinnerungen erhofften. Auch Junge stehen zu dem Erbe des sozialistischen deutschen Staates. Eine solche staatliche Erkenntnis würde allerdings ein ganzes Propaganda-System demontieren.

Nein, vergessen hat der Osten nichts. Weder die feindliche Übernahme der DDR vor 34 Jahren, den Raub des Volkseigentums sowie nicht eingehaltene Versprechen. Und nicht die anhaltende würdelose Behandlung ehemaliger DDR-Bürger. Mit einem bürokratischen Apparat, der Freiheit predigt, aber die Menschen entmündigt. Auch nicht vergessen die Zwangsübernahme des Grundgesetzes als Verfassung. Die Krone aber ist die heutige Politik der Machthaber, die allen Erfahrungen, Erwartungen und Hoffnungen widerspricht. Die zum kritischen Denken und zu neuen Erkenntnissen führt. Leider auch zu Irrwegen.

Die Folge sind Zorn und Wut, Empörung, Auflehnung und Aufruhr. Und die Suche nach Auswegen. Auch Erinnerungen an

ein anderes Land – die DDR. In Sicherheit, Geborgenheit und Solidarität. „Der Zukunft zugewandt“, wie es in ihrer Nationalhymne heißt. Wertschätzung menschlichen Lebens. Frieden war oberstes Gebot. Dafür wurde alles getan. Selbst mit den schlimmsten Feinden verhandelt. Letztlich sogar das Land aufgegeben. Wozu sein Verlust führte, beweist der heutige Kurs des imperialistischen Deutschlands.

Erinnerung heißt auch historische Verantwortung nach den Verbrechen Deutscher im Osten. Und Dank für die Befreiung durch die Rote Armee 1945 und die Hilfe beim Aufbau einer antifaschistischen Republik. Deshalb waren Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion unumstößliche Staatspflicht. Und für die meisten Menschen zunehmend verinnerlicht. Mehrere Generationen hatten beruflich und persönlich enge Bindungen zur Sowjetunion, nach 1990 weiterhin zu Russland als Nachfolgestaat. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Soweit nicht durch staatliche Willkür inzwischen zerstört.

Und das alles soll nun nichts mehr gelten? Statt Frieden und Wohlstand heißt das Programm Sozialabbau, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gegen Russland. Gegen die eigenen Interessen Deutschlands.

Gegen diese volksfeindliche Politik haben viele Ostdeutsche ihre Stimme erhoben. Bewiesen, dass sie aufgeklärt und souverän sind. Verantwortung tragen und das Vermächtnis der DDR lebendig bleibt.

75 Jahre nach Gründung der DDR ein starkes Signal des Widerstandes ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger. Ein **Aufstand für den Frieden**, den das ganze Land so dringend braucht.

*Kommentar erschien in den grh-Mitteilungen 10/24
Rechtsanwalt Hans Bauer ist Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V. <http://www.grh-ev.org/home.html>*

* AKTUELLER HINWEIS *

Neue Email für die Redaktion der ISOR aktuell:

isor-aktuell-redaktion@t-online.de

Erreichbarkeit und Kontakt:

Bernd Hartmann (Home-Office)

-Schatzmeister-Statistik-

E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

Tel. 03338-750 76 92

FAX 03338-750 76 91

Die: Termine im Büro nach telefonischer Vereinbarung

Mi: 8-16 Uhr Telefon: 03338- 750 76 92

Auszüge aus dem Artikel von Egon Krenz in der Jungen Welt - 7. Oktober 2024

Über allem stand der Frieden

Die Staatsdoktrin der DDR lautete: »Von deutschem Boden darf niemals wieder ein Krieg ausgehen«

Wir dokumentieren an dieser Stelle die Rede, die Egon Krenz, im Herbst 1989 Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzender der DDR, am vergangenen Sonnabend auf der von der jungen Welt ausgerichteten Veranstaltung »75 Jahre DDR. Was bleibt?« im Berliner Kino Babylon gehalten hat. (jW)

Egon Krenz:

Liebe Anwesende,

mein Gruß gilt allen Freunden, allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisanten, die ihr gekommen seid, um an die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zu erinnern. Es war der Schwur von Buchenwald: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, der das Fundament war, auf dem die DDR am 7. Oktober 1949 gegründet wurde.

Ich grüße die Vertreter aller Altersgruppen, insbesondere auch diejenigen, die – wie ich – die DDR von den Anfängen bis zum Ende erlebten, euch, die ihr viel von eurer Lebenskraft gegeben habt – in der Überzeugung, mit der Stärkung der DDR dem Guten in Deutschland zu dienen. Es sind nicht wenige, die sich trotz Delegitimierungsversuchen zur DDR bekennen, so dass der Chef der uns nicht gerade freundlich gesinnten sogenannten Forschungsgruppe »SED-Staat« zugeben muss, es sei bis heute nicht gelungen, »die DDR aus den Herzen zu bekommen«. Die Älteren würden immer wieder sagen, die DDR sei »unsere Heimat« gewesen.

Sehr herzlich grüße ich euch, die Nachgeborenen, die sich trotz Verleumdung und zahlreicher Geschichtsfälschungen, die sich auch in Schulbüchern wiederfinden, für den deutschen Arbeiter- und Bauernstaat und seine Politik interessieren. Euch begegnet in dieser Gesellschaft viel Unwahres über unseren Staat, den es nicht mehr gibt. Doch ich kann euch versichern: Wir, die wir mit dem Herzen dabei waren, wollten die Welt verändern und ein besseres Deutschland schaffen. Damit nie mehr eine Mutter ihren Sohn beweint. Leider ist uns das aus vielerlei Gründen, auch durch eigene Mitschuld, noch nicht gelungen. Vieles ist unerledigt geblieben.

Und dennoch denke ich: Wir waren wie Wegbereiter, haben die Saat gelegt. Die Ernte werden wir sicherlich nicht mehr erleben. Doch

ich habe die Hoffnung, dass ihr und eure Altersgefährten, eure Kinder und Kindeskinde es sein werden, die nicht vergessen, dass es 40 Jahre lang im Osten Deutschlands einen antifaschistischen Staat gab, der die Lehren aus zwei Weltkriegen gezogen hatte und eine reale Alternative zu Kapitalismus und Krieg war.

Deshalb meine Bitte: Bewahrt, was man vom Erbe der DDR übrig gelassen hat. Es sind keine Reichtümer, die auf geheim gehaltenen Konten liegen. Es sind soziale Werte wie Respekt, Empathie und Fairness, die eine gerechte Gesellschaft stützen und zusammenhalten, eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht der Wolf eines anderen Menschen sein darf. Macht's besser, als wir es konnten. Aber: Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht, dann erinnert euch bitte auch an das Gedicht von Brecht »An die Nachgeborenen«: »Ihr aber, wenn es soweit sein wird, Dass der Mensch dem Menschen ein Helfer ist Gedent unserer - Mit Nachsicht«.

SCHARFE KONTRASTE

Liebe Anwesende,

es gibt viele Gründe, die DDR zu mögen. Und auch manche, ihre Unzulänglichkeiten scharf zu kritisieren. Doch über allem steht das Wort Frieden. Die DDR hat niemals Krieg geführt. Sie war der deutsche Friedensstaat. Ich möchte in diesem Zusammenhang an das Staatstelegramm zur Gründung der DDR aus Moskau an Staatspräsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl erinnern. Ich zitiere es, weil es prägnant die historische Mission der DDR ausdrückt:

»Die Bildung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas«. Und weiter: »Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt.« Wie wahr, wie klar, wie aktuell!

Solange es die Sowjetunion, der wir – mehr als allen anderen – die Befreiung Deutschlands vom Faschismus verdanken, und an ihrer Seite die DDR gab, solange herrschte Frieden in Europa. Was für ein Kontrast! Kaum war die UdSSR zerschlagen, bombardierte die NATO am 24. März 1999, ohne UN-Mandat mit bundesdeutscher Beteiligung das souveräne Ju-



goslawien, das nur etwas mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor von der faschistischen deutschen Wehrmacht besetzt worden war. Der »grüne« Bundesaußenminister Joschka Fischer entblödete sich nicht, diesen völkerrechtswidrigen Angriff mit der Begründung zu verschleiern, dass ein zweites »Auschwitz« verhindert werden sollte. Bis heute dient die Lebenslüge von einer angeblich »humanitären Außenpolitik« seiner ebenfalls »grünen« Nachfolgerin als Rechtfertigung für Waffenlieferungen in bisher nie gekannter Größenordnung an die Ukraine, statt auf Verhandlungen mit Russland zu drängen.

Wie heuchlerisch und einseitig die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung ist, zeigte sich auch kürzlich in der UN-Vollversammlung, die mit einer großen Mehrheit von 120 Staaten eine Resolution zur Verbesserung der humanitären Lage im Gazastreifen verabschiedete und eine sofortige Waffenruhe forderte, während die Bundesrepublik zu den 45 Staaten gehörte, die sich der Stimme enthielten.

Wenn es um »Krieg und Frieden« ging, gab es in der DDR niemals Neutralität. Kriegspropaganda und Rassenhass einschließlich Russophobie waren in der DDR verboten. Unsere Staatsdoktrin lautete: »Von deutschem Boden darf niemals wieder ein Krieg ausgehen«. Getreu der Hymne der DDR, in deren zweiter Strophe es hieß: »Lasst das Licht des Friedens scheinen, dass nie wieder eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.« Es wäre in der DDR einfach undenkbar gewesen, die Bevölkerung aufzufordern, sich »kriegstüchtig« zu machen. Bei uns, vor allem in der Ausbildung junger Menschen, hatte die Erziehung zum Frieden Priorität.

...

Die gesamte Rede:
<https://www.jungewelt.de/artikel/485150.ddr-75-%C3%BCber-allem-stand-der-frieden.html>



Feindbildpflege im Berliner Landgericht

In „ISOR aktuell“ 4/24 hatte ich über den Prozessauftritt gegen den ehemaligen Angehörigen der Hauptabteilung VI des MfS, Manfred N., vor dem Berliner Landgericht berichtet. Manfred N. wurde beschuldigt, einen polnischen Staatsbürger innerhalb des Grenzübergangs Berlin-Friedrichstraße hinterrücks niedergeschossen zu haben. Dieser Pole hatte zunächst in der polnischen Botschaft damit gedroht, einen mit sich geführten Sprengsatz und weitere Bomben zu zünden, falls man ihm nicht nach Westberlin ausreisen ließe. Dieser Sprengsatz stellte sich später als Attrappe heraus, alle Handlungen waren aber davon bestimmt, dass er echt sein könnte.

Nun wurde nach 7 Monaten das Urteil in diesem Prozess gesprochen und Manfred N. zu 10 Jahren Haft wegen heimtückischen Mordes verurteilt. Das Gericht begründete den Schuldspruch wegen Mordes damit, dass der Angeklagte heimtückisch gehandelt habe, weil der Geschädigte nach Passieren der letzten Grenzscheide arglos nicht mehr mit dem Eingreifen der Grenztruppen gerechnet habe. Er sei dem Angeklagten wehrlos ausgeliefert gewesen und jener habe gnadenlos die Staatsdoktrin der DDR erfüllt, Ausreisen um jeden Preis zu verhindern. Ob der Geschädigte im Besitz einer Pistole war und diese auch gezogen hatte, spielte in den Berichten über den Prozess erstaunlicherweise keine Rolle mehr.

Heimtücke ist nach dem Kommentar zum Strafgesetzbuch der DDR die Ausnutzung oder Verstärkung der Arglosigkeit eines Opfers oder die auf einem besonderen Vertrauensverhältnis beruhende Arglosigkeit. Ein überraschender Angriff oder hinterlistiges Vorgehen reichten aber für die Annahme von Arglosigkeit nicht aus.

Dass der erschossene polnische Bürger mit einem für echt gehaltenen Sprengsatz unter dem Arm arglos sein konnte, nicht doch noch überwältigt zu werden, ist keineswegs logisch und durch nichts zu beweisen, sondern nur eine Mutmaßung der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes. Ob der Angeklagte überhaupt der Schütze war, wurde bis zum Ende des Prozesses nicht eindeutig bewiesen und stützt sich allein auf die Auszeichnung mit dem Kampforden der DDR in Bronze. Der als Beweismittel vorliegende Text des Auszeichnungsvorschlages, in dem von der Anwendung der Schusswaffe durch N. die Rede ist, war aber über einen ursprünglich anderslautenden Text über-

klebt worden. (von wem ist hier die Frage!). Manfred N. bestreitet die Tat und äußerte sich ansonsten im Prozess nicht. Wo belastbare Beweise fehlen, hilft die richterliche Überzeugung.

Genau das macht den Unterschied zwischen dem Rechtsstaat BRD und dem angeblichen Unrechtsstaat DDR aus. Während in der Strafprozessordnung der DDR im § 222 (3) geregelt war, dass „die in der Beweisaufnahme zu treffenden Feststellungen die alleinige Grundlage für ein Urteil bilden“, bestimmt der § 261 der Strafprozessordnung der BRD: „Über das Ergebnis der Beweisaufnahme entscheidet das Gericht nach seiner freien, aus dem Inbegriff der Verhandlung geschöpften Überzeugung.“

Inwieweit in die richterliche Überzeugung antikomunistische Vorurteile oder gar tiefsitzender Hass auf die DDR und ihre Sicherheitsorgane einfließen, kann sich jeder selbst beantworten.

Das Landgericht Berlin hatte sich mit der Erhebung des Prozesses zu einem Verfahren von zeitgeschichtlicher Bedeutung und dessen ausnahmsweisen akustischen Dokumentierung selbst unter Zugzwang gesetzt. Es hätte diesen Prozess gar nicht eröffnen dürfen. Noch 2017 war sich ein Berliner Staatsanwalt sicher, dass keinerlei Anhaltspunkte für einen Mord vorlägen, weil der Geschädigte „jedenfalls nicht arglos“ gewesen sei. Überzeugungen können sich aber ändern, wenn sie in das politische Geschäft passen.

Angesichts dieses Prozesses erweisen sich die Sonntagsreden zum jüngsten „Tag der deutschen Einheit“, wonach sich Ost und West auf gleicher Augenhöhe begegnen müssten, als leeres Politikergeschwätz. Wieder einmal sitzt ein westdeutscher Richter über einen Ostdeutschen zu Gericht. Eine westdeutsche „Stasiexpertin“ begutachtete aus westdeutscher Sicht die Skrupellosigkeit der Mitarbeiter des MfS. Zwar wurde das mildere DDR-Strafrecht bei der Strafbemessung angewandt. Doch für einen 80-Jährigen ist es unerheblich, ob er zu 10 oder 12 Jahren (Antrag der Staatsanwältin)

oder zu lebenslänglicher Haft verurteilt wird, mit hoher Wahrscheinlichkeit wird er seine Haftentlassung nicht mehr erleben. Bemerkenswert sind auch die Doppelstandards bei der Beurteilung vergleichbarer Taten. Immer wieder wurden und werden im heutigen Deutschland Menschen niedergeschossen, die z.B. mit einem Messer bewaffnet waren. Die Auffassung der Staatsanwältin, wonach zur Überwältigung des Opfers auch andere Mittel ausgereicht hätten, kann sie gern an diese polizeilichen Einsatzkräfte weitergeben. Selbst wenn in der Vergangenheit ein nun wirklich argloser Bürger durch eine verschlossene Wohnungstür hindurch von polizeilichen Einsatzkräften erschossen wurde, die sich lediglich in der Etage geirrt hatten, war niemals von gnadenlosem Mord die Rede.

Vor allem aber soll mit diesem Prozess untermauert werden, dass die legitimen Handlungen der Sicherheitsorgane der DDR zur Abwehr terroristischer Bedrohungen schlimmstes Unrecht waren. Mitarbeiter des MfS werden als Auftragsmörder oder Stasikiller verleumdet, obwohl selbst die sog. Qualitätsmedien einräumen müssen, dass bisher kein einziger ehemaliger MfS-Mitarbeiter wegen Mordes angeklagt oder verurteilt wurde.

Wieder einmal soll jede positive Erinnerung an ein Land ausgelöscht werden, in dem es keine Rüstungsprofiteure und keine Rüstungslobby gab, keinen Mietwucher, keine Kinderarmut, keine Arbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit, in dem Studenten Stipendien erhielten und ausreichend preiswerte Studentenunterkünfte zur Verfügung standen usw. usf. Alles Errungenschaften, die nur mit der Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems möglich wurden.

Der Prozess wird sicherlich in die Revision gehen. Sollte hier wider Erwarten das Urteil aufgehoben werden, könnte dann die Dokumentation eines Prozesses von zeitgeschichtlicher Bedeutung zu einer Dokumentation der Perversion des Rechtsstaates werden.

Wolfgang Schmidt

* * * RICHTIGSTELLUNG * * *

Wir möchten uns aufrichtig für die falsche Todesmitteilung zu Helmut Drescher entschuldigen, die wir als Redaktionsteam erhalten haben. Wir bedauern die Verwirrung und die emotionalen Auswirkungen, die dies gehabt haben könnte und versichern Ihnen, dass wir aus diesem Vorfall lernen werden, um sicherzustellen, dass so etwas in Zukunft nicht mehr geschieht.

Vielen Dank für Ihr Verständnis in dieser sensiblen Angelegenheit.



Wie alljährlich fand am 16.10.2024 die Jahreshauptversammlung der TIG Aschersleben/Hettstedt/Staßfurt statt. Ein Tag auf den sich die Mitglieder freuen, ein Tag der Solidarität und des Gemeinschaftsgefühls.

Zielstellung der Veranstaltung, war neben der Festigung des Gemeinschaftsgefühls, die Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 18.09.2024, die Darstellung der personellen und finanziellen Situation von ISOR e. V. und der TIG sowie die Neustrukturierung in Folge der Wahl des zur Zeit amtierenden Vorstandes. Aus Anlass der Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung konnten wir unseren Landesbeauftragten und ISOR-Vorstandsmitglied, den Vereinsfreund Hans-Jürgen Schwart, begrüßen. Schwerpunkt seiner Ausführungen waren neben der Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung das Rentenunrecht sowie die Zukunft von ISOR e. V.

Mit Freude konnte den Mitgliedern der TIG mitgeteilt werden: „ISOR ist finanziell und personell stabil und für die Zukunft gewappnet“. Diese Aussage vom Landesbeauftragten und Vorstandsmitglied haben unsere Mitglieder mit großer Freude und Erleichterung aufgenommen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Wahlbestätigung des zurzeit amtierenden Vorstandes der TIG Aschersleben/Hettstedt/Staßfurt. Die Wahl war notwendig, da aus gesundheitlichen Gründen der Vorsitzende Lutz Pfannschmidt und der Hauptkassierer Adolf Finkelmann im Frühjahr 2024 um ihre Entbindung baten. Trotz des hohen Durchschnittsalters war es uns möglich, die Funktionen neu zu besetzen sowie die Gruppen umzustrukturieren. Vielen Dank an alle Verantwortlichen.

Bei der Wahl wurde der amtierende Vorstand einstimmig gewählt, er fühlt sich verpflichtet die Traditionen der ISOR Gemeinschaft gewissenhaft fortzuführen und bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Der neue Vorstand bedanke sich bei Lutz Pfannschmidt und Adolf Finkelmann für die langjährige und korrekte Arbeit und wünschte viel Gesundheit. Unser Vereinsfreund Lutz Pfannschmidt bleibt der TIG als Hauptkassierer und Gruppenbetreuer erhalten. Vielen Dank dafür. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurde auch den Leiter der Gruppen sowie der Revisionskommission für ihre unermüdliche Arbeit gedankt und mit einem kleinen Präsent übergeben. Bevor das gemütliche Kaffeetrinken und Kuchenessen begann, stand die Solidarität und das Gemeinschaftsgefühl noch einmal im Mittelpunkt. Es gab eine einheitliche Meinung:

Die Mitglieder der TIG's geben uns die Sicherheit sowie die finanzielle Grundlage für unsere Arbeit. Sie machen das Vereinsleben aus und bilden das Gerüst der solidarischen ISOR Familie.

*Hans-Jürgen Störmer,
TIG Aschersleben, Vorsitzender*

Mitgliederversammlung zum 75. Jahrestag der DDR

Die TIG Suhl/Meiningen/Ilmenau traf sich am 7. Oktober 2024 zu einer Mitgliederversammlung anlässlich des 75. Jahrestages der DDR. Mit fast 40 Teilnehmer(innen) war die Veranstaltung gut besucht. Unser Vorsitzender Jochen Gladitz wertete zunächst die außerordentliche Vertreterversammlung vom 18.09.2024 in Berlin aus, an der fast 100 Mitglieder teilgenommen haben und auf der ein neuer Vorstand gewählt wurde. Die Orientierung auf soziale Kontakte, die Fürsorge für unsere Veteranen erlangt immer größere Bedeutung in unserer Vereinsarbeit.

ISOR als Sozialverband mit 5400 Mitgliedern wird nicht nachlassen, das Rentenstrafrecht anzuprangern und für Rentengerechtigkeit einzutreten. Ein Fazit der Diskussion war das Motto „Den Kopf hoch, nicht die Hände“

Unsere TIG hat noch 117 Mitglieder, und im Vorstand gab es Veränderungen. Zur Sicherstellung unserer finanziellen Lage sollte sich zukünftig noch mehr auf Spendentätigkeit orientiert werden. Die engagierte Arbeit der Hauptkassiererin und

der Betreuer wurde gewürdigt. Zwei Vereinsfreunde unserer TIG sind mit der Ehrennadel ausgezeichnet worden.

Das Vorstandsmitglied für Öffentlichkeitsarbeit, Wolfgang Tanner, zeichnete in seiner Jubiläumsrede noch einmal die fast 41jährige Geschichte der DDR auf: beginnend mit der Konstituierung des Deutschen Volksrates als provisorische Volkskammer der DDR und Geburtsstunde der Nationalen Front am 07.10.1949, über die Bildung des MfS am 08.02.1950, den konterrevolutionären Putsch am 17.06.1953, die Sicherung der Staatsgrenze am 13.08.1961, den Weltraumflug von Siegmund Jähn vom 26.08. bis 03.09.1978 bis hin zum Niedergang der sozialistischen Staatengemeinschaft mit der Wahl Gorbatschows 1985 zum Generalsekretär der KPdSU. Mit den Volkskammerwahlen am 18.03.1990 und der Währungsunion am 01.07.1990 war das Ende der DDR besiegelt. Es erfolgte am 03.10.1990 der Beitritt der DDR zur BRD.

*Wolfgang Tanner,
TIG Suhl/Meiningen/Ilmenau*

Gedenken am Fliegerehrenmal Syhra



Am 19.10.2024 fand am Fliegerehrenmal Syhra die alljährliche Gedenkveranstaltung für die vor 58 Jahren abgestürzten sowjetischen Piloten Oberst Schandakow und Major Wladimirow statt. Dazu eingeladen hatte der im September 2024 gegründete „Freundeskreis Fliegerehrenmal Syhra“. Neben dessen Mitgliedern nahmen Vertreter befreundeter Vereine, wie ISOR e. V., TIG Leipzig und Geithain, Vertreter des VTNVA/GT RG Leipzig sowie Mitglieder des Ortsverbandes Geithain der Partei DIE LINKE und weitere interessierte Bürger aus dem Umland teil. Mit besonderer Freude konnten wir eine Delegation der Botschaft der russischen Föderation in Deutschland begrüßen.

Als erster ergriff der Vorsitzende des Freundeskreises, Reinhard Froberg, das Wort. In seinen Ausführungen widersprach er der von den meisten Medien nahezu pausenlos vermittelten Aussagen, dass der Krieg in der Ukraine allein von Russland ausgeht, die Ukraine nur ihr Selbstverteidigungsrecht wahrnimmt und die Stunde Null des Kriegsbeginns im Februar 2022 liegt.

Ein ähnliches Vorgehen, das Verschweigen der tatsächlichen Hintergründe, erleben wir auch

bei der Berichterstattung über den Krieg im Nahen Osten. Der Vertreter der russischen Botschaft bedankte sich im Namen der russischen Bevölkerung und in seinem eigenen Namen für die anhaltende Pflege des Denkmals und damit das Aufrechterhalten der Erinnerung. Er äußerte dabei auch den Wunsch, dass sich das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland recht bald wieder verbessert.

Mit sehr bewegten und persönlichen Worten wandte sich der ehemalige Jagdflieger der NVA, Oberst a.D. Dieter Kulitzscher an die Anwesenden. Er verneigte sich vor den beiden Piloten, die ihr Leben für das der Einwohner der Gemeinde Syhra gegeben haben. Gen. Kulitzscher erinnerte daran, dass er während seiner Dienstzeit sehr oft „Flügel an Flügel“ mit sowjetischen Piloten flog und den gemeinsamen Auftrag zur Erhaltung des Friedens erfüllt hat.

Zum Abschluss der Gedenkveranstaltung überreichte der stellvertretende Vorsitzende der ISOR e. V. und Vorsitzender der TIG Leipzig, Gerald Böhm, die Ehrenurkunde der ISOR e. V. an Arnold Mainka, Mitglied der TIG Leipzig, und bedankte sich für seine aktive Mitarbeit in der ISOR e. V.

Reinhard Froberg

DIE EINZIGE WELTMACHT Amerikas Strategie der Vorherrschaft und der Kampf um Eurasien

Zbigniew Brzezinski, 1997/2024,
295 Seiten, 20,- Euro
ISBN: 978-3-939816973

Der polnische US-Bürger war Sicherheitsberater der US-Präsidenten L.B. Johnson, J. Carter und G. Bush senior. 1997 schrieb er dieses Buch. Zu Beginn schreibt er noch von „Stabilität mit, nicht gegen Rußland in Eurasia“ und „Dialog mit China-natürliche Verbündete.“

Aber dann kommt er zur Sache: Europa (EU) ist Brückenkopf, Protektorat, Tributpflichtiger, Juniorpartner, Sprungbrett, Vasall der USA in Europa.

Die USA sind Schiedsrichter im eurasischen „Balkan“ (Iran, Kaukasus, Mittelasien...) und dominieren als Führungskraft durch Taktieren und Manipulieren (die Rolle der US-Geheimdienste verschweigt er) die EU (und NATO) und Japan, Südkorea, Taiwan...

Detailliert geht er besonders ein auf Rußland, die ehemalige Sowjetunion und China.

Rußland müsse sich „modernisieren“, das politische System „dezentralisieren auf marktwirtschaftlicher Basis“, ein „locker konföderiertes“ Rußland schaffen (mit einer sibirischen, einer fernöstlichen und einer europäischen

„Republik“).

Ein Jahr vor seinem Tode im Jahr 2017 sprach er von einem „strategischen Auftrag der USA“ und forderte die Eingliederung der Ukraine in NATO und EU (davon „Hauptsponsor“ die USA sei).

Brezinski heuchelte und behauptete, die USA trügen „Verantwortung für Stabilität und den Frieden“ und seien „natürliche Verbündete“ der (VR) China.

In einem Nachwort (2016 „Ausblick“) schreibt er, die USA seien eine „alternde Supermacht“, die letzte Supermacht (gefangen in den schlechten Gewohnheiten ihrer Geschichte“).

Nebenbei gibt diese Person einige Informationen über ehemalige Funktionäre der KPdSU (z. B. Eduard Schewardnadse, Nursultan Nasarbajew, Boris Jelzin u. a.), die die UdSSR verraten und an den Imperialismus „verkauft“ haben. Brezinski behauptet, die USA seien 1. militärisch, 2. wirtschaftlich, 3. technisch und 4. kulturell allen Ländern überlegen.

Beim 4. Punkt sind sicher Zweifel angebracht (Todesstrafe, Rassismus, Atombombenabwurf, Agest Orange).

Waffen-Narren-Staat (Die „jungeWelt“ hat dieses Buch zum Lesen und Nachdenken empfohlen)

Horst Jäkel, Potsdam, 1.10.2024

Marinehaus in Berlin - Stammtisch

Jedes Jahr im November erinnern wir uns an die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. An den Kämpfen der Arbeiter und Soldaten hatte die Volksmarinedivision in Berlin maßgeblichen Anteil. Daran erinnert das Marinehaus Märkisches Ufer 48, 10179 Berlin, nahe der Jannowitzbrücke. Text der Gedenktafel am Marinehaus:

„Hier befand sich von Januar bis März 1919 der Sitz der Volksmarinedivision, der bewaffneten Formation der revolutionären Arbeiter und Soldaten der Novemberrevolution. In den schweren Kämpfen gegen die Konterrevolution stand sie fest an der Seite des Berliner Proletariats.“

Das Marinehaus, heute im Privatbesitz, ist als Traditionsgaststätte nach Marinetraditionen mit Zeitdokumenten und Exponaten

ausgestattet. In dieser historischen Stätte befindet sich ein Stammtisch der „Schnellbootfahrer der 6. Flottille der Volksmarine der DDR“. Dieser Stammtisch wurde vor 10 Jahren gegründet. Gründungsmitglied war unter anderen der langjährige Chef der Volksmarine und letzter Verteidigungsminister der DDR, Mitglied von ISOR, Admiral a. D. Theodor Hoffmann. Alle fünf bis sechs Wochen findet ein Treffen der Mitglieder und Sympathisanten statt. Ihr Anliegen ist es, die Traditionen der Volksmarinedivision und der Volksmarine der DDR zu pflegen.

Interessenten können gern an diesen monatlichen Zusammenkünften teilnehmen. Die Termine sind bei mir zu erfragen. (Email: ernst.hornig@t-online.de)

Ernst Hornig

35 Jahre Lügen über die DDR und kein Ende

Zur Festveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestag der Gründung der DDR hat Egon Krenz zum wiederholten Male den verantwortlichen Politikern der Bundesrepublik Deutschland bewusster Lügen über geschichtlich dokumentierte Fakten zum Ende der Republik überführt. Höchste Repräsentanten der selbsternannten Wertereublik verbreiten und wiederholen auf ihren sogenannten Gedenkveranstaltungen Unwahrheiten, und der Applaus der handverlesenen Anwesenden ist ihnen sicher.

Auch die von der Politik zu Bürgerrechtlern Ernannten, die die Fahne der Wahrheit vor sich hertragen, sind unter den Claqueuren. Der sozialdemokratische Kanzler, der sich über seine Rolle im Cum-Ex-Skandal an nichts erinnern kann, weiß, was sich im Oktober 1989 in Leipzig ereignet haben soll, wo er doch gar nicht anwesend war. Auch seine Berater können oder wollen ihn nicht daran hindern, mit falschen Behauptungen weiter Salz in die Wunden ehemaliger DDR Bürger zu streuen und die Delegitimierung des ersten deutschen Friedensstaates mit all den bekannten Folgen zu zementieren. Dies fördert nur Unmut und Protest im Osten unseres Landes. Dem mit sachlichen Argumenten sowie Fakten zu begegnen, sollte vorrangige Aufgabe des Ostbeauftragten sein. Doch der fischt weiter im Trüben antikommunistischer Verleumdungen.

Solange Hass und Verleumdung den Politikern der etablierten Parteien die Feder für ihre richtungsweisenden Reden führen, solange wird es keine wirkliche Versöhnung und gleichberechtigte Zusammenarbeit in Deutschland geben. Genauso wenig wird man dem wachsenden Unmut der Ostdeutschen erfolgreich begegnen können.

Raimon Brete, 18.10.2024

* * *

**Alle, die den Frieden lieben,
müssen lernen,
sich genauso effektiv zu
organisieren, wie diejenigen,
welche den Krieg lieben.**

Martin Luther King



WILLENSERKLÄRUNG

der Veranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V. aus Anlass des 75. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik Wir, die Teilnehmer der heutigen Veranstaltung aus Anlass des „75. Jahrestages der Gründung der DDR“ haben uns versammelt, um unser Engagement für Frieden, Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit zu dokumentieren. Im OKV gehört seit seiner Gründung der Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu seinen wichtigsten Aufgaben. Geboren und aufgewachsen im ersten deutschen Friedensstaat sind wir stolz darauf, seine konsequente Friedenspolitik in die Zukunft zu tragen. Die Entwürdigung und Verächtlichmachung der Lebensleistung der Menschen im Osten sind seit der Vereinnahmung unserer Heimat politisch gewolltes Programm. Das offen von Politik und Medien geschürte öffentliche Klima einer wütenden Abrechnung mit der antifaschistischen DDR und ihren Eliten flankiert die aberwitzigen Pläne der Bundes, sich mit militärischen Mitteln im Kampf um die neue Weltordnung und für die Rohstoffsicherung zu engagieren. Erneut ist die Schaffung von Kriegstüchtigkeit in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt worden. Wir sehen unsere Aufgabe als OKV darin, die guten Erfahrungen des ersten deutschen Friedensstaates der DDR in den weltweiten Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit einzubringen.

WIR FORDERN:

- Verständigung, Frieden und gegenseitige vorteilhafte Zusammenarbeit mit allen Völkern und Staaten der Welt
- Die Anerkennung der Legitimität der Sicherheitsinteressen Russlands, weil das mit den Interessen der anderen Staaten und Völker übereinstimmt und dazu beiträgt, günstige Bedingungen für Frieden, Sicherheit und gleichberechtigte Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zu schaffen
- Von der deutschen Regierung eine Politik, die diesem humanistischen Anliegen dient und die Verwirklichung der hegemonialen Ziele der USA vereitelt
- Stopp und Rückbau der wortbrüchigen NATO-Osterweiterung
- Beendigung der Militarisierung der Länder Osteuropas
- Die Erarbeitung und Umsetzung eines gemeinsamen Programms der Friedenswilligen in Deutschland und ein Aktionsprogramm zu seiner Verwirklichung
- Alles zu tun gegen imperialistische Machtpolitik und jede Form von faschistischen Tendenzen in der Politik

Uns ist bewusst: Imperialismus bedeutet Krieg. Deshalb kann es dauerhaften Frieden nur geben, wenn die Herrschaft des Kapitals überwunden wird. Dafür treten wir ein.

Berlin, 7.10.2024

BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt: Jetzt unterschreiben!



<https://nie-wieder-krieg.org/>

DIE NIE WIEDER KRIEG WAFFEN NIEDER



BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.



Erstunterzeichner:

Yusuf As (Föderation demokratischer Arbeitervereine DIFD- Bundesvorstand); **Horst Becker** (Parl. Staatssekretär a.D. Bündnis 90/die Grünen); **Lothar Binding** (Sprecher SPD-AG 60+, ehem. MdB); **Peter Brandt** (Historiker, Initiative „Neue Entspannungspolitik jetzt!“); **Reiner Braun** (ehem. Präsident Internationales Friedensbüro (IPB)); **Angelika Claußen** (IPPNW-Vorsitzende); **Sevim Dagdelen** (MdB BSW); **Daniela Dahn** (Schriftstellerin); **Renan Demirkan** (SchauspielerIn); **Wiebke Diehl** (Journalistin und Autorin); **Jan Dieren** (MdB, Vorsitzender der DL 21 der SPD); **Klaus Dörre** (Sozialwissenschaftler); **Ulrike Eifler** (Gewerkschaftssekretärin); **Sefariye Eksi** (Bundesvorsitzende Föderation demokratischer Arbeitervereine DIFD); **Katja Ebstein** (Sängerin); **Tino Eisbrenner** (Songpoet, Friedensgesellschaft Musik statt Krieg e.V.); **Axel Fersen** (Koordinator Erhard-Eppler-Kreis); **Uta Finckh-Krämer** (Pazifistin, ehem. MdB SPD); **Hajo Funke** (Politikwissenschaftler); **Martin Gross** (Gewerkschaftssekretär ver.di); **Andreas Grünwald** (Hamburger Forum); **Gregor Gysi** (Politiker, MdB die Linke); **Christoph Habermann** (Staatssekretär a.D.); **Rita-Sybille Heinrich** (Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg); **Lühr Henken** (Bundesausschuss Friedensratschlag); **Peter Hennicke** (Umwelt- und Energieforscher); **Jutta Kausch-Henken** (SchauspielerIn, Friedenskoordination Berlin); **Margot Käßmann** (Theologin); **Oliver Keymes** (Landtagvizepräsident a.D., Bündnis 90/die Grünen); **Yanick Kiesel** (Frieden in Bewegung); **Patrik Köbele** (DKP); **Mathias Kollatz** (ehem. Finanzsenator SPD); **Ralf Krämer** (Gewerkschaftssekretär); **Wolfgang Lieb** (Staatssekretär a. D. SPD); **Gesine Löttsch** (MdB die Linke); **Jochen Luhmann** (Friedens- und Umweltforscher); **Thomas Meyer** (Politikwissenschaftler und Autor); **Pablo Miró** (argentinisch-deutscher Komponist und Songwriter);

Rede des Staatsratsvorsitzenden der DDR Egon Krenz:

sowie weitere Standpunkte zum 75. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ... 2024
Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden

Taschenbuch: 4,- Euro
ISBN-13 979-8342996181

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor 75 Jahren:
Veranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden am 7. Oktober 2024 in Berlin

Taschenbuch: 4,- Euro
ISBN-13 979-8337747552

Zum 75. Jahrestag der DDR haben 16 Verbände, die im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden zusammengeschlossen sind, aus dem Blickwinkel ihrer Vereinsarbeit und ihrer Lebenserfahrung dargestellt, was aus der DDR-Geschichte für das Heute wichtig, bewahrenswert und auch einzubringen ist. Dank den Autoren für die Vielfalt, die in den Beiträgen zum Ausdruck kommt, erinnert und Neues vermittelt. Das ist unser gemeinsamer Beitrag zu

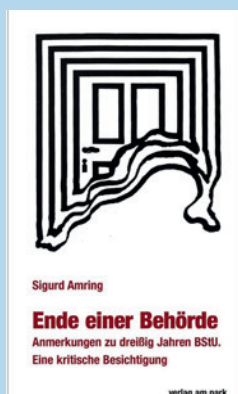


unserer Veranstaltung am 7. Oktober 2024. Wir sehen unsere Aufgabe als OKV darin, die guten Erfahrungen des ersten deutschen Friedensstaates in den weltweiten Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit einzubringen.

Die im Buch abgedruckten Beiträge verdeutlichen klar und eindeutig, dass wir den Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit niemals aufgeben. Wir stehen für Frieden und Sozialismus.

Wir sehen unsere Aufgabe als OKV darin, die guten Erfahrungen des ersten deutschen Friedensstaates in den weltweiten Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit einzubringen.

Ende einer Behörde



Anmerkungen zu dreißig Jahren BStU. Eine kritische Besichtigung
Sigurd Amring
Edition Ost
Berlin 2024,
ISBN:
978-3-89793-382-8,
153 Seiten,
15,00 Euro

Ende 2019 hatte der Bundestag beschlossen, die Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) zu schließen und in das Bundesarchiv einzugliedern, aber Überprüfungen auf „Stasi-Mitarbeit“ bis 2030 fortzuführen.

Wie im Klappentext des Buches nachzulesen ist, lässt der Autor, ein Behörden-Insider, in einen „Closed-Shop“ schauen, „jenem elitären Zirkel von selbstgerechten, anmaßenden Moralaposteln und Scharfrichtern, die nachhaltig für Un-

frieden in Ostdeutschland sorgten, indem sie die „Stasi-Akten“ fledderten, um das Land, in welchem sie entstanden waren, und dort tätige Menschen zu diffamieren und zu kriminalisieren. Die Saat ist aufgegangen. Die Konsequenzen sind nicht nur an Wahltagen zu besichtigen.“ Ca. 3,5 Milliarden Euro ließ sich die Bundesregierung diese Behörde kosten, die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg war ihr insgesamt nur 63 Millionen DM wert.

Der Autor belegt, wie diese Behörde getrickst und gelogen hat, um das Ausmaß der Aktenberge des MfS und die Zahl der angeblichen Opfer aufzubauschen. Aber auch wie das Wissen des MfS über die Machenschaften der westlichen Dienste abgeschirmt wurde und den USA die Akten des MfS zu ihren Geheimdiensten überlassen wurden. Das Buch ist gut lesbar, sachlich und verständlich geschrieben und allen am Thema Interessierten sehr zu empfehlen.

Wolfgang Schmidt

IMPRESSUM

Vorsitzender:
Joachim Bonatz
Postanschrift:
ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.
V.i.S.d.P: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de
Vertrieb: Peter Ott,
isor-berlin1@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko
Herstellung:
Druckerei Gottschalk
Internet:
www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 23.10.2024
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.11.2024
Print- und Internetausgabe: 05.11.2024

Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr
Mi: nach telef. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-15
E-Mail: isor-berlin1@t-online.de

Schatzmeister und Statistik:
Bernd Hartmann (Home-Office)
Di: Termine im Büro nach tel. Vereinbarung
Mi: 8-16 Uhr
Tel.: 03338- 750 76 92
Fax: 03338- 750 76 91
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse
IBAN:
DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXX

Versand ISOR-Aktuell
per E-Mail:
isor-aktuell-versand@t-online.de